

DIESE GRÜNEN!

Innenstadt sinnvoll entwickeln!

■ Die GRÜNEN bieten dem Arbeitskreis City aktive Unterstützung an

„City im Aufbruch“ titelte kürzlich die einzige Tageszeitung in Wuppertal: Die Barmer Einzelhändler wollen nicht länger resignieren. Sie wollen etwas tun gegen die Leerstände in der City, gegen die Einrichtung weiterer Billigläden und Großfilialisten anstelle des traditionellen Einzelhandels.

Deshalb gründeten sie den Arbeitskreis City zusammen mit der IHK, dem Einzelhandelsverband, der Wirtschaftsförderung, dem Bürgerverein Barmen-Mitte, der Interessengemeinschaft Barmen und der Stadtverwaltung.

Die Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüßt die Initiative der Barmer Einzelhändler ausdrücklich, denn das Problem ausgehölter Innenstädte, übertriebener Mieten und einseitiger Angebote kann die Politik allein nicht lösen - es braucht gemeinsame und integrierte Konzepte und gemeinsam getragene und umgesetzte Lösungen. Insofern bieten die GRÜNEN den InitiatorInnen und Mitgliedern des Arbeitskreises City ihre aktive Unterstützung an.

Dass diese Initiative aber auf vorbereiteten und deshalb fruchtbaren Boden treffen wird, ist gewiss:

Bereits in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause beschlossen die Parteien auf GRÜNE Initiative hin, dass ein Konzept zur integrierten Innenstadtentwicklung von der Verwaltung zu erarbeiten ist. Darin sollen alle notwendigen Maßnahmen zusammengefasst werden, die zu einer Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in der Innenstadt führen.

Innenstadtentwicklung reicht vom Einzelhandel über das Wohnen, von Aufenthalts- und Spielplätzen bis zu öffentlichen und barrierefreien Toiletten, von Konsumtempeln neuer Art bis zu sozialen Angeboten, von Leerstands-beseitigung bis zu gezielt geplanten Neubaumaßnahmen. Es geht aber auch darum, die Bau- und Planungswut auf den grünen Wiesen sowohl für Wohn- als auch für Gewerbeflächen einzudämmen und in die Innenstadt gezielt und attraktiv umzuleiten, um dabei bereits vorhandenen Raum zu nutzen und schnell für Jung und Alt, Einzelhandel und Gewerbe anzubieten. Und es geht um eine bewusste Verknüpfung dieses Konzeptes für eine Entwicklung der Innenstadt mit dem bereits beschlossenen, aber noch nicht vorgelegten Einzelhandelskonzept. Bei der Arbeit all dieser Initiativen handelt es sich nach Jahren der Stagnation also wieder um Stadtentwicklung, die sich nicht an den Interessen

Ein schönes Beispiel für Innenstadtentwicklung: das Fritsche-Haus am Wall

einzelner, sondern der in Wuppertal lebenden Menschen orientiert. Es geht um StadtENTWICKLUNG. Und dass

Sicherheit hat Vorfahrt

■ Tempo 50 auf der L 411 umsetzen

Als es im April 2004 erneut zu einem tödlichen Verkehrsunfall auf der L 411 in Wuppertal-Beyenburg gekommen war, wandten sich engagierte BürgerInnen an alle im Rat vertretenen Fraktionen mit der Bitte um schnelles Handeln.

Die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN reagierte sofort und forderte die Verwaltung auf, verkehrsberuhigende Maßnahmen zu überprüfen und auch die erneute Aufstellung des abgebauten Starenkastens zu erwägen. Erfreulich für uns, dass dieser Antrag zunächst im Verkehrsausschuss beraten und dann dort und auch im Rat der Stadt einstimmig beschlossen

Konzepte nicht allein für die Schublade produziert werden sollten, dürfte sich mittlerweile herum gesprochen haben!

Kurz zusammengefasst: Innenstadtentwicklung - da kommt Bewegung rein.

wurde. Jetzt werden wir dranbleiben und uns dafür einsetzen, dass durchgehend Tempo 50 auf dieser Strecke und Geschwindigkeitskontrollen für die Sicherheit aller VerkehrsteilnehmerInnen umgesetzt werden. Hintergrund ist, dass die schnurgerade Allee AutofahrerInnen immer wieder zu überhöhter Geschwindigkeit verleitet. Teilweise ist auf dieser Strecke Tempo 70 erlaubt; höhere Geschwindigkeiten sind oft zu beobachten. Außerdem fehlt ein sicherer Fuß- und Radweg; vor allem für die Schulkinder eine gefährliche Gelegenheit. Zusätzlich werden die Wege entlang der Straße an den Wochenenden von Erholungssuchenden als Spazierweg oder mit dem Fahrrad genutzt. Der lange geforderte Fuß- und Radweg wurde aber erst kürzlich aus Kostengründen gestrichen; gegen den

Willen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Auch in Zeiten knapper Kassen muss trotzdem schnell gehandelt werden. Daher sind neben baulichen Maßnahmen jetzt einfache und kostengünstige Lösungen gefragt: die Umsetzung von Tempo 50 auf dieser Strecke mit Kontrollen, z.B. über einen Starenkasten, sind daher schnell umzusetzen, denn die Sicherheit aller VerkehrsteilnehmerInnen muss oberste Priorität haben. Zukünftig wird sich die bündnisgrüne Fraktion verstärkt dafür einsetzen, gerade an Unfallschwerpunkten wieder Geschwindigkeitskontrollen vorzunehmen. Der populistische Vorschlag der CDU, Starenkästen abzubauen, hat sich als Luftnummer erwiesen. Und nicht zu vergessen: VerkehrsteilnehmerInnen, die sich an die Regeln halten, werden nicht geblitzt!

AUS DEM INHALT

Mittelstand fördern S. 2

Klientel 2. Klasse? S. 2

10 gute Gründe: Jetzt gilt GRÜN! S. 3

The day after tomorrow S. 4

Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser, Sie halten die letzte Ausgabe der Fraktionszeitung vor der Kommunalwahl am 26. September in Händen. Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre und hoffen, dass Sie einen schönen Sommer verbracht haben.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie die Arbeit der Fraktion in den letzten 5 Jahren dadurch honorieren, dass Sie bei der Kommunalwahl auf GRÜN setzen, um auch in den nächsten 5 Jahren mit einer starken GRÜNEN Fraktion für ein ökologisches und soziales Wuppertal zu kämpfen.

Dann können Sie sich auch in der nächsten Legislaturperiode mit Hilfe unserer Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ über die wichtigen kommunalpolitischen Entscheidungen in Wuppertal informieren. Wir von der GRÜNEN Fraktion im Rat sagen Ihnen Tschüss und auf ein baldiges Wiedersehen mit der neuen Fraktion.

Ihr Redaktionsteam

KURZ & klein

Auf Erfolgskurs

Im kommenden Schuljahr gehen 9 Wuppertaler Grundschulen neue Wege in der Betreuung ihrer Kinder. So werden 22 Gruppen mit bis zu 25 Kindern von 8 bis 16 Uhr eine verlässliche Betreuung durch vielseitige und qualifizierte Angebote erhalten. Dazu haben die Schulen mit ihren Betreuungsträgern Konzepte erarbeitet.

Nach anfänglicher Skepsis stehen inzwischen viele weitere Schulen in den Startlöchern für das nächste Schuljahr. Die GRÜNEN unterstützen dies und setzen sich dafür ein, dass die dafür notwendigen Mittel auch zur Verfügung stehen.

Wir haben erreicht, dass die Elternbeiträge sozialverträglich gestaffelt sind und die unteren Einkommen beitragsfrei bleiben. OGGs öffnet Schulen und intensiviert damit die Verzahnung von Schule, Jugendhilfe und Einrichtungen im Umfeld der Schule. Durch die Integration außerschulischer Angebote kommen mehr Kinder als bisher in den Genuss von musischer, sportlicher und künstlerischer Bildung sowie zu Förderunterricht und Hausaufgabenhilfe. Wir wollen Bildung für alle! Nicht zuletzt schließt der Offene Ganztag für viele berufstätige Eltern eine immer noch klaffende Betreuungslücke.

Elberfeld abgemeldet

Alle Fraktionen in der Bezirksvertretung Elberfeld lehnen die von der Verwaltung schon vollzogene Schließung der Meldestelle im Elberfelder Rathaus am Neumarkt ab. Der größte Stadtbezirk soll nicht ohne Meldestelle sein! Es ist gerade älteren und behinderten Menschen nicht zuzumuten, für einfache Meldegeschäfte oder für die Änderung der Lohnsteuerkarte zum Steinweg nach Barmen zu fahren. Den von der Verwaltung geschätzten Einsparungen von 75.000 Euro durch Wegfall von zwei Personalstellen stehen allein für Fahrtkosten Mehrausgaben von einigen hunderttausend Euro für die BürgerInnen gegenüber. Volkswirtschaftlich ist das Ganze totaler Blödsinn. Dazu kommt die Belastung für die Umwelt. Auch die Einsparung im Verwaltungshaushalt ist eine Milchbubenrechnung! Damit die Meldestelle am Steinweg ausgeweitet werden kann, musste die Ausländerbehörde in ein angemietetes Gebäude umziehen. Kritik ist an den Beigeordneten Hackländer (CDU) wegen der mangelhaften Unterlagen zu richten, da er bisher nicht einmal eine Kosten/Nutzenrechnung vorgelegt hat. Ohne vorherige Einschaltung der Ratsgremien und ohne Information der Öffentlichkeit setzte er das Vorhaben um. Dieser Stil ist undemokratisch! Wir fordern für Elberfeld die Einrichtung eines Stadtbüros. Dort können außer Meldeangelegenheiten und Änderungen von Lohnsteuerkarten auch Rentenfragen, Wohngeldanträge, Schwerbehindertenausweise usw. bearbeitet werden.

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 563-6204 Fax: 59 64 88
fraktion@gruene-wuppertal.de,
www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr, Bettina Brücher, Anja Liebert, Petra Lückerrath, Klaus Lüdemann, Paul Yves Ramette, Sebastian Sewerin, Gerta Siller, Marcel Simon, Gerhard Schäfer, Ilona Schäfer, Aline Wenderoth, Irmgard Wohliert

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet:
Jörg Lange

Satz und Gestaltung:
Heinz-Magazin Verlags GmbH,
Tannenbergr. 35, 42103 Wuppertal

Druck: Verlag Bitter, Recklinghausen

Auflage: 60 830

Die Abgabe ist kostenlos!

Mittelständische Wirtschaft fördern!

■ Nachhaltige Entwicklung für Standort Wuppertal

Ein engagierter und flexibler Mittelstand ist das Rückgrat der Wirtschaft. Er ist entscheidend für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und kommt der Verpflichtung zur Ausbildung in vorbildlicher Weise nach. Auch in Wuppertal.

Die GRÜNEN wollen sicherstellen, dass die Bestandspflege der in Wuppertal ansässigen Unternehmen weiter ausgebaut wird.

Die mittelständische Wirtschaft in Wuppertal muss gefördert werden, wo immer es geht. Firmen die expandieren wollen und neue Gewerbeflächen benötigen, müssen am Standort Wuppertal gehalten werden.

Aus diesem Grund fordert die GRÜNE

Ratsfraktion zum einen seit langem eine Koordinierungsstelle für Bauprojekte Wuppertaler Firmen. Diese Koordinierungsstelle soll eine Lotsenfunktion für Bauprojekte in der Bauverwaltung mit dem Ziel übernehmen, die Bearbeitungszeit für einen Bauantrag oder eine Bauvoranfrage innerhalb der Verwaltung deutlich zu verkürzen.

Zum anderen müssen diesen Firmen auch Angebote an geeigneten Brachflächen oder Gewerbebeständen unterbreitet werden.

Für die Firmen, die sich in Wuppertal ansiedeln, vergrößern und mehr Gewerbeflächen benötigen, möchte die GRÜNE Ratsfraktion insbesondere auf alten Bahnflächen längs der Talachse (Innenstadtentwicklung) und auf Bundeswehrflächen (GOH Kaserne) neue Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Wir können uns hier auch die Entwicklung

von Themen- und Gewerbebeständen vorstellen. Pläne der Fraktionen von CDU, SPD und FDP, die Kleine Höhe als Gewerbegebiet auszuweisen, lehnen wir strikt ab. Der finanzielle Eigenanteil der Entwicklungskosten in Höhe von ca. 14 Mio. Euro ist nicht nur angesichts der städtischen Finanzlage untragbar, die Kosten werden sich auch mangels potenzieller Investoren nicht refinanzieren lassen. Es gibt genügend Gewerbebrachen auf Wuppertaler Stadtgebiet. Die Fläche der Kleinen Höhe ist ökologisch zu wertvoll, als sie zu einem erschlossenen Gewerbegebiet für virtuelle Investoren umzuwandeln. Die Wuppertaler Umweltinitiative als ein Zusammenschluss Wuppertaler Unternehmen, Institutionen und der Stadt Wuppertal, mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung, findet hingegen die volle Unterstützung der GRÜNEN

Fraktion. Den Umweltschutz als Standortfaktor zu nutzen und auszubauen, ist eins unserer wichtigsten Ziele. Als guter Standortfaktor für Wuppertal hat sich die enge Zusammenarbeit des Mittelstandes mit der Energieagentur Nordrhein-Westfalen herausgestellt. Durch die sehr gute fachliche Beratung konnten viele Unternehmen erhebliche Kosteneinsparungen erzielen. Aus Sicht der GRÜNEN Ratsfraktion ist dies ein Beispiel für die Wettbewerbsfähigkeit umweltorientierter Unternehmen auf den Weltmärkten. Auch die innovativen Ideen und Denkanstöße des Wuppertal Institutes bringen den Standort Wuppertal und den Mittelstand weiter.

Eine konzentrierte Wuppertaler Wirtschaftsförderung unter Berücksichtigung des Standortfaktors Umweltschutz ist für uns der richtige Weg.

Klientel 2. Klasse?

■ Jugendliche nicht benachteiligen!

Vor der parlamentarischen Sommerpause beherrschte das Thema „Gebührenordnung für das Medienzentrum“ den politischen Alltag in der Wuppertaler Jugendhilfelandchaft.

So sollen in Zukunft die Träger der freien Jugendhilfe wie Jugendverbände, Kirchengemeinden etc. nicht mehr kostenlos Geräte wie Videobeamer oder Nebelmaschinen ausleihen können, sondern dafür Gebühren bezahlen. Da die Höhe der Gebühren nicht unbeträchtlich ist, würde das die Handlungsfähigkeit der Jugendverbände gerade im Bereich der Arbeit mit den „Neuen Medien“ stark einschränken. Gemeinsam mit der AGFW (Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände) und dem Jugendring wurde ein GRÜNER Prüfantrag im Jugendhilfeausschuss beschlossen. Es sollte in diesem Zusammenhang geprüft werden, in wie weit auch weiterhin eine kostenlose Ausleihe ermöglicht werden kann. Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich sagen, dass für die NutzerInnen aus

dem Bereich der Kulturinitiativen und der Sportvereine eine Lösung gefunden werden konnte. Hier übernehmen der Stadtbetrieb Sport & Bäder und das Kulturamt, jeweils auf Antrag, die entstandenen Kosten.

Für dem Bereich der Jugendhilfe kam bis jetzt ein solcher Kompromiss nicht zustande. Traurig aber wahr, stellt sich hier doch die Frage, ob Jugendverbände und nichtstädtische Offene Türen in Zukunft NutzerInnen zweiter Klasse sind! Noch ist überhaupt nicht klar, welche finanziellen Kürzungen auf die Träger der Jugendhilfe zukommen.

Zwar ist mit dem von CDU und FDP beschlossenen Doppelhaushalt deutlich geworden, dass es eine globale Kürzung von 750.000 Euro im Jugend- und Sozialbereich allein im nächsten Jahr geben wird.

Welche Haushaltstitel dies jedoch konkret betrifft, konnte uns der Sozialdezernent Dr. Kühn trotz mehrmaligen Nachfragens im Jugendhilfeausschuss nicht beantworten.

Frühestens im Januar 2005 sollen die Zahlen vorliegen. Eine politische Entscheidung vor der Kommunalwahl wäre

Finanzielle Hürden bei der Medienausleihe abschaffen!

ehrlicher gewesen. An Kindern und Jugendlichen und sozial Schwächeren zu sparen, ist der falsche Weg. Dass dieses zögerliche und unverantwortliche Verhalten von Politik und

Verwaltung die Planungssicherheit der Träger in Frage stellt, versteht sich von selbst!

Geharzte Zeit

■ GRÜNER Antrag berücksichtigt Frauen

Mit den geplanten „Hartz-Gesetzen“ soll das deutsche Sozialsystem grundlegend reformiert werden. Ob das ursprüngliche und begrüßenswerte Ziel, „EINE Grundsicherung für Arbeitssuchende“ zu entwickeln, mit dieser Reform erreicht werden kann, wird von Vielen angezweifelt.

Besonders hart wird es – wie so oft – die Frauen treffen. Auch hier in Wuppertal. Denn:

1. Das Einkommen von Frauen ist geringer und damit auch ihr Anspruch auf Arbeitslosen- oder Sozialhilfe (demnächst Arbeitslosengeld II).
2. Frauen sind weit aus häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer.
3. Die Gesetzgeber orientieren sich immer noch ausschließlich an der Lebenslage von Männern. Für Frauen heißt das z.B. durch die extreme Verschlechterung der Anrechnungsregelungen beim Partnereinkommen, dass sie noch weniger Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben werden als Männer. Damit wird die Abhängigkeit vom Mann noch größer. Da also die Lebensrealitäten von Frauen unbeachtet bleiben, trifft es Frauen besonders hart. Daher kommt auf die Kommune und ganz besonders auf die Wuppertaler

Agentur für Arbeit (früher Arbeitsamt) eine schwierige Aufgabe zu, auf die sie weder personell noch strukturell hinreichend vorbereitet ist.

Insbesondere kommen auf sie Personengruppen zu, deren besondere Belange ihnen bisher fremd sind und die häufig spezifische, qualifizierte, einfühlsame Betreuung und Beratung benötigen (z.B.: Schwangere und Alleinerziehende oder von Gewalt betroffene Frauen, insbesondere wenn sie im Frauenhaus Zuflucht suchen).

In dieser Situation wollen wir den betroffenen Frauen, aber auch den Sachbearbeitern alle nur mögliche Unterstützung zukommen lassen.

Auf Antrag der GRÜNEN wurde im Ausschuss Frauenförderung und anschließend im Rat der Stadt beschlossen, diese speziellen Probleme zu berücksichtigen.

Darüber hinaus wird nun auf Geschlechtergerechtigkeit geachtet und Datenerhebungen erfolgen geschlechtsspezifisch. Förderprogramme sollen insbesondere auf Berufsrückkehrerinnen zugeschnitten sein. Geschlechtergerechtigkeit wird in Wuppertal nach wie vor groß geschrieben. Dafür werden wir auch in Zukunft sorgen.

Weitere Informationen zum Gesetz finden Sie unter:
www.gruene.landtag.nrw.de

Neue Wege

■ Kooperationen in der Kulturpolitik

Kultur gehört zu den sogenannten freiwilligen Aufgaben einer Stadt. Diese Eigenständigkeit sollte auch in finanziell schwierigen Zeiten nicht als Last, sondern als Chance verstanden werden. Allerdings wird der Handlungsspielraum immer enger.

Bisher ist es in Wuppertal noch nicht zu Schließungen kultureller Einrichtungen gekommen, dennoch ist bei den meisten Kultureinrichtungen die absolute Schmerzgrenze für weitere Einsparungen erreicht.

Dies gilt für städtische und freie Kulturanbieter gleichermaßen.

Bekanntlich erhöht sich der Finanzdruck auf die Städte und Gemeinden aber stetig weiter.

Deshalb müssen Lösungen gefunden werden, wie das reichhaltige und attraktive Kulturangebot in Wuppertal erhalten werden kann.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN sehen eine Möglichkeit in Kooperationen.

Erfolgreiche Beispiele in der freien Szene sind "bowl", eine Veranstaltergemeinschaft von borse, Outback, Wicked Woods und dem LCB oder die Zusammenarbeit von Forum-Rex, LCB und borse, die es möglich machen, so bekannte Künstler und Künstlerinnen

wie Nina Hagen, Ben Becker oder BAP nach Wuppertal zu holen.

Auch Veranstaltungsreihen zur interkulturellen Begegnung wie "Rund ums Mittelmeer", "Ost-West-Kontakte" und "Vielfalt statt Einfalt" können nur in Kooperation stattfinden.

Als Beispiel für Kooperationen städtischer Kultureinrichtungen haben die Wuppertaler Bühnen mit ihrer Zusammenarbeit mit Remscheid und Gelsenkirchen einen Schritt in die richtige Richtung gemacht.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang auch die durch die Sanierung und der damit verbundenen Schließung des Opernhauses entstandene neue Kooperationsform von Bühnen und freier Szene.

Neben Synergieeffekten und Einsparungen werden Vorurteile abgebaut und die gegenseitige Akzeptanz verstärkt.

Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die gemeinsame Überzeugungsarbeit aller Kulturanbieter und Kulturschaffender für ihre Arbeit in der Stadt Wuppertal.

Wir von Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen uns deshalb wie schon in der Vergangenheit auch zukünftig dafür ein, dass die Stadt, so wie vom Kulturministerium des Landes Nordrhein-Westfalen bereits praktiziert, Kooperationen in unterschiedlichen Formen besonders unterstützt.

Jetzt gilt GRÜN

■ Ihre Stimme für eine nachhaltige Politik in Wuppertal

Am 26. September haben Sie die Möglichkeit, mit Ihrer Stimme Weichen zu stellen für die Kommunalpolitik der nächsten fünf Jahre. Bündnis 90/DIE GRÜNEN stehen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Politik, die neue Antworten auf die aktuellen Herausforderungen bietet.

Unser Wahlprogramm setzt klare GRÜNE Akzente. Auf dieser Seite können Sie die Kernziele unserer Politik erfahren: Wir bieten Ihnen 10 Gute Gründe für mehr GRÜN in Wuppertal! Die vergangenen fünf Jahre haben es gezeigt: Wuppertal braucht wieder mehr GRÜN im Stadtrat! Die Folgen der „bürgerlichen“ Mehrheit von CDU und FDP sind offensichtlich: ob in der Verkehrspolitik, in der Umweltpolitik oder im sozialen Bereich – zukunftsfähige Lösungen konnte diese Mehrheit nicht entwickeln. Wenig inspiriert waren die Antworten auf drängende Fragen vor allem nach einer nachhaltigen Stadtentwicklung, dem wirtschaftlichen

Strukturwandel, sowie der Entwicklung der Wuppertaler Bildungslandschaft. Wir GRÜNE wollen Verantwortung für diese Stadt übernehmen. Gerade in finanziell und wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind Lösungen notwendig, die über kurzfristige Erwägungen hinausreichen. Unsere Politik orientiert sich seit jeher am Grundsatz der Nachhaltigkeit. Wir wollen eine Stadtentwicklung, die Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet. Wir wollen den Flächenverbrauch begrenzen und die bestehenden Siedlungsflächen wo möglich stärker verdichten oder für neue Nutzungen im Sinne von Flächenrecycling vorbereiten. Wir wollen eine Wirtschaftsförderung, die durch Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung neue Arbeitsplätze schafft. Wir GRÜNE treten mit einem starken Team und einem guten Programm an. Machen Sie sich auf dieser Seite mit uns und unseren Kernzielen vertraut. Nutzen Sie am 26. September Ihre Stimme und wählen Sie mehr GRÜN für Wuppertal!

10 gute Gründe (v. l. n. r.): Marcel Simon, Lorenz Bahr, Susanne Sperling, Gabriele Mahnert, Anja Liebert, Gerta Siller, Marc Schulz, Bettina Brücher, Peter Vorsteher, Paul Yves Ramette

Absolute Mehrheit der CDU verhindern! GRÜN wählen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

Wuppertal steht in den nächsten Jahren vor wichtigen Entscheidungen. Noch nie war die Zahl der Erwerbslosen so hoch wie heute; noch nie wuchs die Kinderarmut so schnell wie heute; und noch nie war das Haushaltsdefizit so groß wie heute.

Wuppertal braucht einen mutigen Neuanfang. Wir brauchen mutige und in die Zukunft weisende Entscheidungen. Dabei hilft es wenig, den Kopf in den Sand zu stecken und die dringend notwendigen Entscheidungen von anderen fällen zu lassen, wie es im Moment von der SPD propagiert wird. Dabei hilft es wenig, den Sozialkahltschlag auch kommunal voranzutreiben und sich dabei als Lobbyist allein eines ausgeglichenen Haushaltes zu verstehen, wie es im Moment von der CDU propagiert wird. Dabei hilft es auch nicht, sich im Windschatten der eigenen Lobbypolitik für Haus- und Grundbesitzer nur noch mit unfinanzierbaren Windeiern öffentlich zu Wort zu melden und beiläufig die Wuppertaler Stadtwerke verkaufen zu wollen, wie es von der FDP propagiert wird. Und es hilft gar nicht, sich mit populären Schlagzeilen gegen den Strukturwandel in Wuppertal zu wenden, ohne eigentlich genau zu wissen, wovon gerade die Rede ist, wie es die PDS vor macht.

Es braucht eine ehrliche Politik, die bereit ist Verantwortung zu tragen und zu sagen, was unumgänglich ist. Und die bereit ist, pragmatisch die eigene Linie zu verfolgen, ohne sich in der Einzelfallentscheidung von der politischen Farbenlehre beeindruckt zu lassen. Deshalb gilt für uns: GRÜN pur und die absolute Mehrheit der CDU verhindern. Und ich stehe für GRÜN! Ich möchte eine zukunftsfähige Stadtentwicklung, die Ökologie, Ökonomie

Lorenz Bahr, Oberbürgermeister-Kandidat der GRÜNEN

und soziale Gerechtigkeit verbindet – in Verantwortung für die nachfolgenden Generationen. Dazu gehört ein Wohn- und Lebensumfeld, in dem alle Generationen und Kulturen gemeinsam in einer Stadt der kurzen Wege leben mit einer Infrastruktur, die für alle Menschen zugänglich ist. Ich fordere die konsequente Umsetzung der drei Säulen des Agenda 21-Prozesses. Um eine nachhaltige Entwicklung wirklich konsequent voran zu bringen braucht es Akteurinnen und Akteure in allen gesellschaftlichen Bereichen, die die Verantwortung für die Gestaltung ihrer Umwelt übernehmen. Wir brauchen das Wuppertal Institut genauso wie die Energieagentur NRW, die Bergische Universität, die Initiativen und Verbände sowie die Medien und die kritische Öffentlichkeit. Und ich möchte so die soziale Sicherung vor Ort gestalten. Nachhaltige Sozialpolitik verfolgt das Ziel, durch vorsorgende bzw. frühzeitig greifende

Maßnahmen gesundheitliche und soziale Risiken so weit wie möglich zu vermeiden. Die auch von mir in Wuppertal seit langem geforderte breite öffentliche Debatte über Strukturen und Ziele kommunaler Sozial- und Gesundheitspolitik ist notwendiger denn je. Sie haben die Wahl: Wählen Sie GRÜN und verhindern Sie so eine absolute Mehrheit der CDU. Denn jetzt gilt GRÜN!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr



Lorenz Bahr
Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters

10 gute Gründe

■ für mehr GRÜN in Wuppertal

Wir wollen:

1. Eine zukunftsfähige Stadtentwicklung, die Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit verbindet – in Verantwortung für die nachfolgenden Generationen. Dazu gehört ein Wohn- und Lebensumfeld, in dem alle Generationen und Kulturen gemeinsam in einer Stadt der kurzen Wege leben mit einer Infrastruktur, die für alle Menschen zugänglich ist.
2. Eine Wirtschaftspolitik, die sich wieder auf die eigenen Stärken zwischen Innovation und Tradition besinnt: den Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen bei kleinen und mittleren Unternehmen, gekoppelt mit einer regionalen Kooperation und Vernetzung der Wirtschaftsförderung. Dazu gehört ein tragfähiges Gewerbeflächenkonzept mit der Entwicklung von Gewerbebrachen statt der sinnlosen Neuausweisung von immer mehr Gewerbeflächen.
3. Einen transparenten „BürgerInnenhaushalt“ mit sparsamer und nachhaltiger Finanzpolitik, die Raum lässt für notwendige Investitionen und auch den nachfolgenden Generationen Gestaltungsmöglichkeiten bietet.
4. Eine kind- und jugendgerechte Stadt, bei der die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen ermöglicht wird. Die Belange von Kindern und Jugendlichen sollen als Querschnittsaufgabe

wahrgenommen werden.

5. Eine zukunftsorientierte Bildungslandschaft erreichen, die lebenslanges Lernen mit mehr Autonomie an Schulen und bei Bildungsträgern fördert.
6. Eine nachhaltige Sozialpolitik, die eine materielle Grundsicherung für alle Wuppertalerinnen und Wuppertaler sicherstellt und Perspektiven für ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben aufzeigt.
7. Kulturelle Vielfalt als Standortfaktor wahrnehmen, die Wuppertal für die Menschen hier und für BesucherInnen attraktiv macht.
8. Eine erlebbare Umweltpolitik, die Freiräume und schützenswerte Gebiete erhält, Umweltschädigungen vermeidet und umweltfreundliches Verhalten fordert und fördert.
9. Eine umweltverträgliche Gestaltung des Stadtverkehrs mit Vorrang für Bus und Bahn, Fuß und Rad.
10. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern verwirklichen und frauenspezifische Belange als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen umsetzen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter: www.gruene.de/wuppertal oder bei Bündnis 90/Die Grünen, Oberbergische Str. 8, 42285 Wuppertal
Tel. 0202 / 87811, Fax 0202 / 82444, E-Mail: gruene.wuppertal@t-online.de

Ja, ich will...

- weitere Informationen über:.....
- in den Informationsverteiler aufgenommen werden.
- Ich mache Nägel mit Köpfen. Ich will Mitglied werden!
- Für GRÜNE mein (Zweit-)Bestes. Ich spende Euro (Scheck liegt anbei).
- Geld kommt. Ich habe Euro überwiesen auf das Konto mit der Nr. 25 76 18 436 bei der Postbank Essen (BLZ 360 100 43).

Vorname, Name: _____
E-mail: _____
Straße: _____
Ort: _____
Telefon: _____

Coupon schicken an:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Wuppertal
Oberbergische Str. 8, 42285 Wuppertal
Tel.: (0202) 87 811, Fax: (0202) 82 444
gruene.wuppertal@t-online.de, www.gruene.de/wuppertal

Abstimmungsstatistik

Um Vorwürfe auszuräumen, die GRÜNEN binden sich zu sehr an die CDU, hier eine kleine Statistik:

Die politische Farbenlehre bei den Abstimmungen im Rat hat keine Rolle gespielt, die GRÜNEN haben wie üblich nach sachpolitischen Erwägungen abgestimmt. Insbesondere die große Anzahl einstimmiger Entscheidungen ist mit 47 sehr hoch, gefolgt von 11 Entscheidungen, die alle vier im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen gemeinsam getroffen haben (ohne PDS und Graue).

Interessant ist die hohe Anzahl von Anträgen der GRÜNEN, die eine Mehrheit gefunden haben: insgesamt fanden von 12 GRÜNEN Anträgen immerhin quer durch alle Fraktionen 9 eine Mehrheit.

Anfrage zur Schließung der Meldestelle Elberfeld

Nach der Schließung der Meldestelle Elberfeld fragten die GRÜNEN, ob nun ein Stadtbüro in Elberfeld für die BürgerInnen eingerichtet werde. Das ist definitiv nicht geplant und auch die Bezirksvertretung muss darüber nicht informiert werden. Die GRÜNEN halten dies für keineswegs ausreichend.

Anfrage Nutzungsverhalten Medienzentrum und Prüfauftrag

Die Antwort auf die GRÜNE Anfrage stellt klar, dass insbesondere soziale und gemeinnützige Einrichtungen

und Schulen die Ausleihe beim Medienzentrum nutzen. Damit trifft gerade die Jugendarbeit der Freien Träger die Erhöhung der Kosten für die Ausleihe besonders hart. Der Prüfauftrag auf Änderung der Verleih- und Nutzungsordnung für die kleinen, freien und gemeinnützigen Träger, der vom Rat mehrheitlich beschlossen wurde, hat teilweise bereits positive Folgen: Mittlerweile werden Sportbetriebe und kulturelle Initiativen nach Prüfung von den Gebühren befreit, die GRÜNEN haben die Jugendverwaltung aufgefordert, ebenso zu verfahren. Bei Redaktionsschluss gab es in der Sache noch kein Ergebnis.

Mehrzweckhalle Unterkirchen

Der GRÜNE Antrag, in Cronenberg auf dem Grundstück der ehemaligen WSW-Wagenhalle einen Bebauungsplan mit dem Ziel der Errichtung einer multifunktionalen Mehrzweckhalle aufzustellen und hierfür eine Veränderungssperre zu erlassen, wurde im Rat mit den Stimmen von GRÜNEN und CDU beschlossen. Ein schöner Erfolg.

BürgerInnenhaushalt

Der Prüfauftrag der GRÜNEN, für Wuppertal einen BürgerInnenhaushalt aufzustellen, um den WuppertalerInnen ein größeres Mitspracherecht bei den Haushaltsberatungen einzuräumen, wurde für diese Ratssitzung von der Tagesordnung abgesetzt, weil zunächst die Ergebnisse eines Modellversuchs in NRW-Städten ausgewertet werden sollen. Wir bleiben am Ball!

Jugendverkehrsschulen

Basierend auf einem Antrag der GRÜNEN beschloss der Rat, dass die Jugendverkehrsschule Rudolfstraße so lange geöffnet bleibt, bis die Jugendverkehrsschule Ehrenhainstraße nach dem Umbau nutzbar ist. Diese soll der Qualität der Rudolfstraße in nichts nachstehen.

Keine gentechnisch veränderten Produkte im Konzern Stadt

Einen herausragenden politischen Erfolg erzielten die GRÜNEN mit dem Beschluss (der mit der CDU zusammen eine Mehrheit im Rat fand), dass die Stadt Wuppertal auf gentechnisch veränderte Produkte verzichtet.

Dies betrifft gentechnisch veränderte Nahrungsmittel (in Kindertagesstätten, Kantinen etc.), aber auch die Nutzungsverträge städtischer landwirtschaftlicher Flächen.

Bei Neuabschluss von Nutzungsverträgen wird festgelegt, dass gentechnisch veränderte Organismen nicht angebaut werden.

Regionale 2006

Der gemeinsam eingebrachte und verabschiedete Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU im Rat der Stadt Wuppertal zur Priorisierung der Regionale-Projekte trägt deutlich die GRÜNE Handschrift: kein (Teil-) Projekt wird aufgegeben, es wird schlicht ehrlich festgestellt, welches Projekt unter welchen Bedingungen und zu welcher Zeit realisiert wird.

Ziel der GRÜNEN Initiative ist, eine zwar zeitlich verzögerte, aber unbedingt notwendige Realisierung der genannten Teilprojekte sicher zu stellen und zusätzliche Förderwege zu eröffnen.

Die Alternative wäre, die (Teil-) Projekte ganz zu streichen. Das haben wir verhindert.

L 411: Verkehrsberuhigende Maßnahmen

Der Prüfauftrag der GRÜNEN an die Verwaltung, anlässlich zweier schwerer Verkehrsunfälle verkehrsberuhigende Maßnahmen insbesondere in den Ortschaften Cluse, Grüental und Spiekerlinde vorzulegen und auch die Wiederanbringung von "Starenkästen" dabei in Erwägung zu ziehen, wurde nun auch vom Rat einstimmig beschlossen.

Managementprogramm „Innenstadtentwicklung“

Der Beschluss des GRÜNEN Antrags durch den Rat ist ein weiterer Erfolg der GRÜNEN Fraktion.

Nun wird die Verwaltung ein Konzept erarbeiten, worin alle notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in innerstädtischen Bereichen berücksichtigt und Lösungsansätze dargestellt werden. Damit soll dem wachsenden Leerstand in den Zentren (in Wuppertal stehen derzeit ca. 10.000 Wohnungen leer) und der Verlagerung von Wohnraum in die Randlagen Einhalt geboten

werden.

Dafür ist jedoch eine Attraktivierung der Innenstadt Voraussetzung. Mit diesem Beschluss ist Wuppertal einen Schritt weiter in Richtung einer lebendigeren Innenstadt gegangen.

Managementprogramm Wuppertal 2005/06

Das Managementprogramm der Stadt zur Umsetzung der Ziele der Agenda 21 wurde durch Anträge der CDU leider ziemlich verwässert, der GRÜNE Änderungsantrag zur Konkretisierung fand keine Mehrheit, denn CDU und FDP lehnten ihn im Rat ab.

Umsetzung Hartz IV

Die Umsetzung von Hartz IV in Wuppertal ist auf den Weg gebracht worden. Ein GRÜNER Ergänzungsantrag, im Ausschuss Frauenförderung mit redaktionellen Änderungen einstimmig verabschiedet, wurde auch vom Rat einstimmig beschlossen.

Damit wird das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit (Gender Mainstreaming) durchgehend angewandt und die Daten nach Geschlechtern ausgewertet, um spezifische Auswirkungen auf einzelne Bevölkerungsgruppen nachvollziehen zu können (insbesondere Frauen sind von den Umstrukturierungsmaßnahmen betroffen).

Es soll darüber hinaus ein Förderungskonzept erarbeitet werden, das die Belange der relativ großen förderungswürdigen Gruppe der Berufsrückkehrerinnen berücksichtigt.

The day after tomorrow –

■ Von Hollywood nach Wuppertal?

DIESE GRÜNEN – newsticker:

Di., 28.09., 17.00 Uhr: Schwere Unwetter über Wuppertal – Straßen- und Schienenverkehr im Tal durch Überschwemmungen und umgestürzte Bäume erheblich gestört.

Mi., 29.09., 11.00 Uhr: Weitere starke Regenfälle, Wupper tritt über die Ufer – Feuerwehr und THW im Dauereinsatz.

Mi., 29.09., 15.00 Uhr: Kein Ende der Unwetter in Sicht – Schwebebahnbetrieb wird eingestellt, Innenstädte von Elberfeld und Barmen sind komplett überflutet, Krankenhäuser und Altenheime im überfluteten Bereich werden evakuiert.

Mi., 29.09., 16.00 Uhr: Es kommt offenbar noch schlimmer: Wetterexperten warnen vor einem Tornado, der genau über Wuppertal hinweg ziehen wird!

Mi., 29.09., 17.00 Uhr: Experten des Wuppertal-Instituts äußern sich zu den Ursachen der Unwetter-Katastrophe: eindeutige Anzeichen für einen

Klimawandel, der durch menschliches Handeln ausgelöst wurde.

Mi., 29.09., 17.30 Uhr: Der Verwaltungsvorstand trifft sich zur Krisensitzung in der ehemaligen GOH-Kaserne auf Lichtscheid.

Mi., 29.09., 19.00 Uhr: Er kam schneller als erwartet: Tornado verwüstet weite Teile von Barmen, Elberfeld und Vohwinkel; auch Cronenberg und Ronsdorf sind betroffen; noch keine Angaben über das Ausmaß der Schäden und die Zahl der Verletzten.

Do., 30.09., 10.00 Uhr: Hubschrauber – Rundflug über Wuppertal: die Stadt gleicht einem Trümmerhaufen – lediglich der Norden scheint verschont worden zu sein; an der Stadtgrenze zu Velbert wirkt die Kleine Höhe wie eine grüne Oase in der Wüste!

Alles nur Fiktion denken Sie?! – Nicht so ganz! Beispiele für extreme Wetterlagen hat es in letzter Zeit immer häufiger gegeben – und das nicht nur auf weit entfernten Kontinenten. Deshalb ist es höchste Zeit, der globalen Umweltzerstörung entgegenzuwirken.

Die Stadt Wuppertal hat bereits mit dem "Handlungsprogramm Zukunftsfähiges Wuppertal" eine Grundlage für eine nachhaltige Stadtentwicklung beschlossen. U.a. mit dem CO₂-Minderungsprogramm und der Auszeichnung mit dem European-Energy-Award hat die Stadt bewiesen, dass sie im Bereich Klimaschutz auf einem guten Weg ist. Die bündnisgrüne Ratsfraktion fordert jedoch noch weitaus mehr Engagement, wie z.B. die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, ein integriertes Verkehrskonzept sowie Energiesparmaßnahmen im Baubereich. Davon könnte ein wichtiger Impuls für den Wirtschaftsstandort Wuppertal ausgehen. Umweltschutz ist kein Wirtschaftshindernis! Für die Stadt Wuppertal bietet sich aufgrund der guten Voraussetzungen und Vorleistungen die Chance für einen ökologisch orientierten Strukturwandel. Andere Städte haben dies bereits als Standortvorteil erkannt. Die bündnisgrüne Ratsfraktion wünscht sich die politischen Mehrheiten für einen Aufbruch in eine ökolo-

Umweltschutz ist ein Wirtschaftsfaktor

Fahrrad selber kaufen

ABO geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten: Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Name Anschrift

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „Diese Grünen“ damit einverstanden, daß bei der Änderung meiner Anschrift die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitschrift weitergeleitet wird.

Tschüss Ausländerbeirat

■ Willkommen Migrationsausschuss

Mittlerweile wird auch von konservativen Kreisen akzeptiert, was seit langem Tatsache ist:

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Einwanderung gehört zu einem modernen Staatsverständnis, das sich nicht von einem anachronistischen Nationenbegriff ableitet, sondern die moderne BürgerInnengesellschaft und die Vielfalt des Zusammenlebens als Grundpfeiler sieht.

Das gilt natürlich auch für Wuppertal. Allein an der Gesamthochschule studieren Menschen aus fast 100 Nationen, 60.000 WuppertalerInnen haben keinen deutschen Pass, das sind ca. 16 % der Wohnbevölkerung. In Wuppertal gibt es damit verschiedene Ethnien und auch Kulturen, Werte-

haltungen und Verhaltensweisen.

Die Aufgabe aller WuppertalerInnen, insbesondere aber der Politik und der Verwaltung ist es, das interkulturelle Zusammenleben zu fördern.

Wichtig dabei ist auch immer das Wissen und Verständnis anderer Kulturen, das Aufeinander-Zu-Gehen und ein offener Dialog.

Das kommunale Wahlrecht gilt bisher nur für EU-BürgerInnen und nicht für alle Wuppertaler MigrantInnen.

Daher hat der Rat der Stadt im Juli den Beschluss des Ausländerbeirates aufgenommen und einstimmig die Einrichtung eines Migrationsausschusses beschlossen.

Dieser Ausschuss kommt der Mitbestimmung von MigrantInnen mehr entgegen, als dies bisher im Ausländerbei-

rat der Fall war.

Der Migrationsausschuss wird aus 10 MigrantInnenvertreterInnen und aus 11 vom Rat entsandten Stadtverordneten gebildet. Vom Status her ist er damit den anderen Fachausschüssen mit allen Kompetenzen gleich gestellt.

Die Wahl der MigrantInnen für den Migrationsausschuss erfolgt am 21.11.2004, die GRÜNEN werden selbstverständlich mit einer offenen und vor allem internationalen Liste zur Wahl der Mitglieder des Migrationsausschusses antreten.

Wir rufen alle interessierten MigrantInnen dazu auf, sich mit einer Kandidatur an unserer GRÜNEN Internationalen Liste zu beteiligen.